

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (sowie der Frauen- und Jugendzeitung) einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25, unser Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn R. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, D. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Zwingerstraße 14, Tel. 1769.
Schaltzettel vom 4 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserte werden die Ggelpostene Verteilung mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 87.

Dresden, Donnerstag den 17. April 1913.

24. Jahrg.

Genosse Wirtlich von der Frankfurter Volkstimme ist wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Nach Abschluß der deutschen Verhandlungen im Baugerbe sollen am 28. April die zentralen Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden.

Der französische Flieger Dancourt ist von Paris nach Berlin geflogen.

Der belgische Generalstabschef nimmt sündig an Ausdehnung zu. Zwischen Bulgarien und der Türkei ist eine für einige Tage abnehmlich vereinbarte Waffenruhe zustande gekommen.

Herr Statusquo.

Kein Ausbau der Reichsverfassung, kein freigeistliches Fortwärtsschreiten, keine Inangriffnahme großer Reformen, keine Politik, die den derzeitigen Interessen und den Forderungen des Volkes entspricht — dieses Stigma häßlicher Amüßlichkeit des Herrn von Bethmann-Hollweg an. Und es war die treffendste Kritik, die je an der Politik des Reichskanzlers geübt worden ist, als Genosse Dr. Gradnauer gestern im Reichstag bei Beratung des Etats des Reichskanzlers in seiner gehaltenen und wirkungsvollen Rede sagte, denn die lateinische Uebersetzung den Namens Bethmann-Hollweg müßte lauten: Herr Statusquo! Das ist der Reichskanzler, der am bestehenden Zustand nichts ändern will. Unter diesem Namen wird ein Herr v. Bethmann-Hollweg in der Geschichte weiter leben.

Wir befinden uns in einem Freiheitsjahr, führte Gradnauer aus. Auch der Kaiser feiert demnächst das 25-jährige Jubiläum seiner Regierungszeit. Reden werden gehalten werden. Panfete werden stattfinden. Dank der Geschäftlichkeit und des Fleißes der Arbeiter, der Ingenieure, der Techniker, der Kaufleute hat in diesen 25 Jahren das wirtschaftliche Leben eine gewaltige Entwicklung erlitten, das Alles ist untergegangen, hat neuen Wächtern Platz gemacht. Eine große Arbeiterklasse ist emporgewachsen und will nun ihren Anteil haben an den Gütern der Kultur. Schwer empfindet sie aber, daß der politische Zustand im Widerspruch steht zu der gewaltigen wirtschaftlichen Umgestaltung. Denn die politische Entwicklung ist zurückgeblieben. Während England und andere Länder eine starke demokratische Entwicklung aufzuweisen, stehen wir in Deutschland immer noch im Bureaokratismus. Der Reichskanzler darf sich deshalb nicht wundern, daß im Volke keine Stimmung zu einer Jubiläumsfeier vorhanden ist. Vergebens fragt das Volk, wo sind politische Reformen? Der Kanzler zeigt nur eine souveräne Verachtung für den Volkswillen. Im Januar 1912 hat das Volk seinen Willen zum Ausdruck gebracht, daß es mit der bisherigen Politik ein Ende haben möchte. Aber der Reichskanzler beachtet das nicht: Er will der Kanzler gegen die Entwicklung sein!

Mit einem ergebnungsreichen Lächeln suchte Herr v. Bethmann-Hollweg Gleichgültigkeit zu markieren, als diese Anlagen wichtig auf ihn niedertrafen. Genosse Gradnauer ging dann aber auch mit den Nationalliberalen ins Gericht, die es dem Reichskanzler ermöglichen, mit dem schönen Dreibund: Konjunktiven, Gentium und Rationaliberalen eine Politik zu machen, die jeden Fortschritt ausschließt. Ein Fortschritt zeige sich nur in den militärischen Maßnahmen. Dafür werde jetzt wieder eine Milliarde und mehr verwendet. Demgegenüber empfahl Redner, es möge einmal eine Kulturmilliarde aufgebracht werden, womit große soziale Reformen geschaffen werden könnten: Eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente; eine Erhöhung der Witwen- und Waisenrenten; eine Säuglingsfürsorge um. Und wie es mit den freigeistlichen Garantien in Deutschland bestellt sei, von denen Herr Wasserjann gesprochen habe, das zeigte die Vorlesung im Magdeburger und Braunschweiger. Weil Redner das Verhalten der Braunschweiger Polizeibehörde als eine Schande bezeichnete, zog er sich einen Ordnungsruf des Präsidenten zu.

Die Gründe dieser politischen Rückständigkeit Deutschlands liegen in der Vorherrschaft des Junkertums, wie Gradnauer treffend zeigte. Die deutsche Regierung ist ja nur eine Filiale der preussischen Regierung, und in Preußen kann sich eine kleine reaktionäre Oberschicht durch das Dreiklassenwahlrecht an der Macht erhalten. Die Reform dieses Wahlrechtes bezeichnete Gradnauer deshalb auch mit Recht als die wichtigste politische Aufgabe der nächsten Zeit. Er beschäftigte sich dann eingehend mit den jüngsten Reden des Kaisers, mit dem Fall des Pächters Soht und der Art, wie das Gut Cadinen in den Besitz des Kaisers gelangt sei, um zu zeigen, wie falsch der Kaiser unterrichtet werde.

Überall ist Stillstand, schloß Gradnauer seine Rede, die einen großen Einbruch hinterließ. Der lebendigen Entwicklung im Volksleben wird von der Regierung nicht Rechnung getragen. Wir aber wollen den Ausbau der Verfassung, wollen politische und soziale Reformen, und unsere Hoffnung beruht auf der großen Volksbewegung.

Herr v. Bethmann-Hollweg lächelte nicht mehr — er war mittlerweile sehr nervös geworden. Schon die

Frage Gradnauers, ob es wahr sei, daß er ein Schachergeschäft mit dem Zentrum in der Weise abgeschlossen habe, daß das Zentrum für die Bewilligung der Militärvorlage die Jesuiten erhalten soll, brachte ihn aus der Fassung. Denn er mußte zugeben, daß bei allen Einzelstaaten eine Rückfrage über die Behandlung der Jesuiten vorgenommen worden sei — in Hinsicht darauf, daß der Bundesrat demnächst über den Verkauf des Reichstags, die Aufhebung des Jesuitengesetzes betreffend, zu entscheiden hat. Aus Hand und Mund kam der Kanzler aber über die Kritik Gradnauers an den Kaiserreden, über den Fall des Pächters Soht und die Art, wie das Gut Cadinen in den Besitz des Kaisers gelangt ist. Denn Gradnauer war in der Lage, einen Brief zu verlesen, den der Kaiser an den früheren Besitzer von Cadinen geschrieben hat und aus dem nichts anderes entnommen werden kann, als daß eine Entwertung vorliegt, während die offizielle W. u. A. Zeitung behauptete, das Gut sei durch Kauf in den Besitz des Kaisers gelangt. Um sich über seine Verlegenheit hinwegzuhelfen, donnerte nun der Deutsche Reichskanzler — gegen die Sozialdemokratie, die den Gottesglauben verhöhne und die Vaterlandsliebe verpötte, ohne auch nur den Schatten eines Beweises für seine Behauptungen zu bringen zu können.

Unsere Genossen Nitzmann und Gradnauer blieben ihm die Antwort nicht schuldig, nachdem der Abgeordnete Viechling von der Fortschrittlichen Volkspartei und Städtlers Schweigerlöcher, W. u. A. einige Beschwerden vorgebracht hatten.

Auf die großen und wichtigen politischen Fragen antwortete der Kanzler mit einem Schweigen! Was hätte er auch sagen können? Ueber die Vorgänge in Magdeburg und Braunschweig mußte er am liebsten auch nichts — der Herr Statusquo! Das nennt sich in Deutschland „Reichskanzler“! Freilich, Herr v. Jagow, der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, mußte am liebsten auch nichts von dem Vorfall in Rauten und demnach redete er am Dienstag bereits darüber. Bestern, bei Beginn der Sitzung, als der Rest des Etats des auswärtigen Amtes noch zur Beratung stand, ergriff er nun wieder das Wort, um mitzuteilen — daß er nichts wisse! Unter dem lebhaftesten Beifall der Sozialdemokraten konnte daraufhin Genosse Bernstein feststellen, daß die ganze Affäre maßlos aufgebauscht worden sei, und es sei deshalb Pflicht der Regierung, darauf hinzuwirken, daß die Hege aufhöre. In Frankreich leben Hunderttausende von Deutschen, die noch nicht behelligt worden sind. Wo sämen aber die Völker hin, wenn die Handlungsweise des Publikums eines Nachtcafés irgend einer Stadt benützt werden soll, um einen politischen Konflikt zu konstituieren!

Der deutschen Bureaokratie ist es überhaupt in den letzten Tagen im Reichstage schlecht ergangen. Selbst der Reichsverbändler v. Liebert mußte gestern ihre Beschränktheit darlegen unter dem Beifall der Sozialdemokraten! Eine Besserung ist aber nicht zu erwarten — nur die Vereinfachung der Bureaokratie kann einen Wandel bringen. Das heißt: die Demokratisierung Deutschlands!

Volkopfer für den Militarismus.

Mit einem außerordentlichen Erfolg hat die Sozialdemokratie bei den Reichstagsdebatten über die Veres- und Deckungsvorlagen abgeschritten. Und zwar war es nicht allein das rhetorische Uebergewicht, das unseren Rednern im Reichstag einen so großen Vorsprung vor den Vertretern der bürgerlichen Parteien lieferte, sondern in erster Linie trug dazu die konsequente ablehnende Haltung unserer Fraktion gegenüber diesen neuen Aufrüstungsvorlagen bei. Nicht zum wenigsten bekämpfen wir die Veresverlei ja auch aus den Gründen, um dem Volke selbst eine Vermehrung seiner Körperlichen und finanziellen Lasten zu ersparen. Diesen allzu berechtigten Einwand kann man bei dieser Veresvorlage auch nicht mit dem Hinweis abtun, daß man betont, daß die Kosten der geplanten Armeeverstärkung aus Steuern, die in erster Linie den Besitz treffen sollen, gedeckt werden. Selbst wenn alle Ausgaben, die für Aufrüstungszwecke zu machen sind, von den bestehenden Klassen getragen werden würden, blieben den nichtverpflichteten oder den nichtverpflichtlichen Kreisen der Bevölkerung noch Kosten genug zu tragen übrig. Lasten, die in der Leistung der Dienstpflicht, im Verlust mehrjährigen Arbeitsverdienstes, im Ausschlag an barem Geld und in Naturalien während der Dienstzeit bestehen. Dabei noch nicht einmal zu bedenken ist von den vielfachen übrigen Schäden andauernder Art, die manchem, der Soldat war, aus seiner Dienstzeit entstanden sind. Jedenfalls ist das Volk der Sozialdemokratie dafür dankbar, daß diese jede unnötige Vermehrung dieser Volkslasten aufs Entschiedenste bekämpft. Und in welchem Maße unsere Partei damit schwereren Klagen und tieferem Notstand im deutschen Volk entgegenkommt, beweist am besten die längst erschienene Schrift, die der ehemalige Zentrumsgesandte Dr. Heim „Um der Gerechtigkeit willen“ im Auftrage der Bayerischen Bauernvereine herausgegeben hat.

Heim, das ist richtig, gilt in der Zentrumspartei als ein Schredenskind. Im Reichstag wie im bayerischen Landtag stellen ihn seine christlichen Fraktionsgenossen, die regierungsfähig sein wollen, in letzter Zeit fall. Bis dann Heim die Geschichte zu bunt wurde und er seine Mandate aufgab.

Aber dieser Mann hat in der bayerischen katholischen Bauernschaft eine feste Position und von dieser aus wird er jetzt dem militärbegeisterten Zentrum außerordentlich gefährlich. Gefährlicher wie der General Haessler dem Zentrum und militärischen Samaschenschüßeln im Reichstag wurde. Heim kennt die Bauern, er weiß, daß bei ihnen trotz aller scheinbaren Begeisterung für das Meer und die immer weiter sich ausdehnende „Vaterlandsverteidigung“ ein tiefer Groll gegen das Soldatenregiment hegt. Es entzieht dem Bauern die billigen Arbeitskräfte, es weicht die jungen Leute vom Land in die Städte und hält sie dauernd dort fest. Dann nimmt es den kleinen Bauern den in der Wirtschaft mitarbeitenden Sohn und nötigt dadurch zu neuen Ausgaben. Das weiß Heim, und hier setzte er den Hebel seiner Opposition gegen die neue Veresvorlage an.

Die gute Organisation der bayerischen Bauern kam ihm dabei zu Hilfe und als Heim die Bauern fragte, wie sehr ihr schon heute — außer den indirekten Steuern — durch unsere Aufrüstung belästet, da antworteten ihm 1457 Gemeinden aus dem rechtsrheinischen Bayern in folgender Weise: In diesen Gemeinden waren:

8 Familien, die je 9 Söhne zum Militär =	27 Mann stellen
8 „ „ „ „ „ „ „ „	= 64 „ „
87 „ „ „ „ „ „ „ „	= 264 „ „
142 „ „ „ „ „ „ „ „	= 852 „ „
488 „ „ „ „ „ „ „ „	= 3440 „ „
1163 „ „ „ „ „ „ „ „	= 4660 „ „

1843 Familien stellten also während der letzten 20 Jahre 8002 Soldaten

Dabei ist nun aber von besonderem Interesse zu sehen, wie es wieder die kleinen Bauern sind, die davon am meisten zu tragen hatten, denn von diesen Familien stellten bei einem

Haarfarbe	6	5	4	3	2	1
0-2 ha	1	2	7	25	84	193 Familien
3-5 ha	1	7	20	65	208 „ „	
6-10 ha	1	8	38	97	200 „ „	
11-15 ha	1	6	17	58	128 „ „	
16-20 ha	1	3	14	40	98 „ „	
21-25 ha	1	3	6	32	60 „ „	
26-30 ha	1	3	5	21	41 „ „	
31-35 ha		5	15	38	„ „	
36-40 ha		4	16	37	„ „	
41-45 ha		2	9	17	„ „	
46-50 ha		2	7	30	„ „	
51 und mehr	1	2	4	11	18	„ „
ohne Angabe	1	1	5	18	58	„ „

Diese Familien sandten ihren Angehörigen beim Militär an Geld und Naturalien insgesamt 2.603.816 M. Das ist aber nur ein Teil der Nebenbelaugung, die den Familien aus der Dienstpflicht ihrer Söhne erwuchs; denn einmal ist es ungemein schwer, diese Ausgaben erspöndlich anzugeben, zum anderen liegen in diesem Betrage nicht die verloren gegangene Arbeitsverdienst und auch nicht die notwendigen Mehrausgaben für den Ersatz für die ausfallende Arbeitskraft. Das alles ergibt sich, wenn auch nur andeutungsweise, aus den Randbemerkungen, die dem statistischen Fragebogen von einzelnen Familien beigelegt wurden. Das Lesen dieser Briefe greift ans Herz, schreibt Heim in den einleitenden Worten der Broschüre. Und wie recht er damit hat, mögen einzelne Proben dieser Zuschriften bezeugen:

Ort Billig: Dorothea Kank hat 5 Söhne beim Militär gehabt, zweimal zwei zu gleicher Zeit. Ausgaben 1500 M. Für die Witwe ist das eine fast unerschwingliche Last.

Baierberg: Matthias Greif stellte 5 Söhne zum Militär. 46 Vektor Befehle; Kosten 2700 M. auf 9 Jahren. Außerdem bedingte er für jeden Sohn einen fremden Knecht: jährlich 300 M. Lohn — 2700 M., in Summa 5400 M.

Muring: Johann Weber schreibt: Es wären noch etliche Familien da, wo bereits drei Söhne gedient haben und jüngere noch dazu kommen. Weiter möchte ich noch bemerken, daß diesem Bauern für Zeitverlust, Ausgaben für fremde Arbeitskräfte, Referbestellungen usw. ein Schaden von 3000 bis 6000 M. erwächst. Da sind gleich in unserer Gemeinde zwei Bauern, die sich noch dazu in sehr mislichen Verhältnissen befinden, die werden sich von solchen Schlägen nicht mehr erholen.

Geleitisch: Joseph und Margarete Göl, nur 3/4 Vektor Grund, stellten 7 Söhne zum Militär. Die Eltern schätzten den Aufwand an Geld und Naturalien für jeden Sohn auf 300 M. — 2100 M. Die Leute hatten früher einen Grundbesitz zu drei Ruten, mußten aber wegen Anhäufung der Schulden den Grund verkaufen bis auf zwei Tagewert.

Siggenhausen: 4 Söhne beim Militär, 63 Vektor Befehle. Johann Graf hat sich bei einer 14-tägigen Referbestellung beim Kgl. Inf.-Reg. 1910 eine Krankheit zugezogen und meldete sich beim Kgl. Der Arzt wies den Mann zur Kompagnie und sagte, er sei gesund. Der Hauptmann bestrafte ihn mit Kasernenarrest. Nach der Uebung kam J. G. ins Lazarett und wurde geisteskrank, man schloß ihn vom Heere aus, überbrachte ihn nach Götting und der Vater kam alle Jahre 600 M. Pflegenkosten zahlen.